

5.3 Von der Republik zur Diktatur



„Unité et Indivisibilité de la République.“ Plakat, um 1793/94.

Die Aufschriften auf den in den Farben der Trikolore gehaltenen Fahnen lauten

„Liberté, égalité, fraternité – liberté ou la mort“.

► Übersetzen Sie die Aufschriften und interpretieren Sie die Aussage des Plakats.

- | | |
|----------------------|--|
| 20.4.1792 | Frankreich erklärt Österreich den Krieg; der Erste Koalitionskrieg beginnt |
| 21.9.1792 | Der Nationalkonvent tritt zusammen, die Monarchie wird abgeschafft und die Republik eingeführt |
| 21.1.1793 | Ludwig XVI. wird hingerichtet |
| 10.8.1793 | Die republikanische Verfassung wird mittels Volksabstimmung verabschiedet, tritt aber wegen des Krieges nicht in Kraft |
| 17.9.1793 | „Gesetz über die Verdächtigen“: Höhepunkt der Schreckensherrschaft |
| 27.7.1794 | Robespierre und seine Anhänger werden gestürzt |
| 23.9.1795 | Eine neue Verfassung tritt nach einer Volksabstimmung in Kraft |
| 9./10.11.1799 | Nach einem Staatsstreich erklärt Napoleon Bonaparte die Revolution für beendet |

Die Zweite Revolution

Die neue *Gesetzgebende Nationalversammlung* (*Assemblée Nationale Législative*) trat am 1. Oktober 1791 zusammen. Von den 745 Deputierten bildeten 345 die Mitte. Sie besaßen keine direkten Bindungen zu bestimmten Klubs. 264 Abgeordnete gehörten zur *Rechten*. Sie waren oder wurden Mitglieder im Klub der *Feuillants* und wollten die Revolution beenden. Die zahlenmäßig kleinste Abgeordnetengruppe stellten die 136 Abgeordneten der *Linken*. Sie hatten sich in den Klubs der Jakobiner, Cordeliers und anderer Volksgesellschaften organisiert, forderten ein allgemeines Wahlrecht und waren gegen das Vetorecht des Königs. Diese Gruppe unterscheidet man noch in *Girondisten*¹, die ihren Rückhalt im mittleren und gehobenen Provinzbürgertum hatten, und *Montagnards* („Bergpartei“), die ihren Aufstieg den Sansculotten verdankten.

Zwei Jahre nach dem Sturm auf die Bastille hatten über 40 000 Franzosen ihr Land verlassen, nicht nur Adlige und Geistliche, sondern auch Bürger und Bauern. Die Emigranten, unter ihnen die beiden Brüder des Königs, mobilisierten die europäischen Regierungen gegen die Revolution. Als Österreich und Preußen drohten, die Monarchie in Frankreich militärisch zu retten, eröffneten französische Truppen im April 1792 einen Angriff auf die österreichischen Niederlande (Belgien). Zugleich erklärte das Parlament den „nationalen Notstand“ und begann den Kampf gegen die „inneren“ und „äußeren“ Feinde unter dem Motto „*Das Vaterland ist in Gefahr*“. Erste militärische Niederlagen und die Befürchtung, dass der König mit den „Feinden des Vaterlandes“ zusammenarbeiten könnte, führten in Paris zur Absetzung der königstreuen Stadtverwaltung und Bildung der *Kommune des Aufstands*. Unter deren Führung brach am 10. August 1792 die *Zweite Revolution* aus: Sansculotten und Soldaten stürmten das königliche Schloss, die *Tuileries*. Unter dem Druck der Aufständischen mussten die Abgeordneten den König von seinem Amt suspendieren und mit seiner Familie inhaftieren. Die konstitutionelle Monarchie war zerbrochen.

Im Schatten des Grauens ein Neuanfang

Von nun an wurden die königstreuen Politiker offen verfolgt. Willkürliche Verhaftungen waren an der Tagesordnung, erste politisch motivierte Hinrichtungen folgten. Grausamer Höhepunkt wurden die Gewalttaten zwischen dem 2. und 5. September 1792 (*Septembrisaden*). In einer Art Angstpsychose vor gegenrevolutionären Aktionen drangen Gruppen der städtischen Volksbewegung in die Gefängnisse ein und töteten Gefangene. Der Terror

¹ Benannt nach ihrer Herkunft aus dem Département Gironde.

blieb nicht auf Paris beschränkt, aber allein hier wurden um die 1500 Menschen (Aristokraten, Eid verweigernde Priester und Strafgefangene) ermordet. Weder der vom Parlament ernannte *Provisorische Vollzugsrat*, dem *Georges Jacques Danton* (1759–1794; hingerichtet) als Justizminister angehörte, noch die Führer der Pariser Kommune waren fähig oder willens, diese blutigen Aktionen zu unterbinden.

In dieser gewalttätigen Atmosphäre fanden die Wahlen zu einer neuen Nationalversammlung nach dem allgemeinen Wahlrecht statt. Die Unterscheidung zwischen Aktiv- und Passivbürgern war ebenso aufgehoben worden wie das Zensuswahlrecht. Alle Männer über 21 Jahre durften wählen. Trotzdem gingen weniger als 10 % der Berechtigten zur Wahl.

Am 21. September 1792 traten die 749 Abgeordneten des *Nationalkonvents* (*Convention Nationale*) zusammen. Sie riefen die „eine und unteilbare“ Republik aus und wollten eine republikanische Verfassung erarbeiten. In diesem Parlament bildeten die Girondisten die neue „Rechte“. Sie setzten sich ein für eine dezentrale Verwaltung des Landes, die Unverletzlichkeit des Eigentums, Wirtschaftsfreiheit, Rechtssicherheit und die Fortsetzung des begonnenen „Kreuzzuges für die Freiheit der Welt“².

Prozess gegen den König

Die republikanische Phase der Revolution begann mit militärischen Erfolgen. In der *Schlacht von Valmy* (20. September 1792) vertrieben die Revolutionstruppen das von Preußen und Österreich angeführte Emigrantenheer. Der Kampf gegen die „Feinde der Republik“ stärkte das republikanische und nationale Bewusstsein der Franzosen. Nach dem Motto „*Krieg den Palästen, Friede den Hütten!*“³ zogen jetzt die Revolutionstruppen in Speyer, Worms, Mainz und Frankfurt am Main ein. In Paris hatte sich der Nationalkonvent zum Gericht gemacht und den einstigen König wegen „Verschwörung gegen die Freiheit“ und „Anschlägen gegen die nationale Sicherheit“ angeklagt. Über 90 % der Abgeordneten stimmten für schuldig. Uneinigkeit entstand erst über das Strafmaß und den Zeitpunkt der Strafvollstreckung. Am 21. Januar 1793 wurde Ludwig XVI. vor den Augen des Volkes auf der *Place de la Révolution*, der heutigen *Place de la Concorde*, hingerichtet. In ganz Europa, nicht nur in den Fürstenhäusern, erschrak man über das gewaltsame Ende des französischen Monarchen.

² Dieses Zitat prägte der girondistische Abgeordnete Jacques-Pierre Brissot de Warville am 31. Dezember 1792.

³ Das Zitat stammt aus einem Bericht an den Konvent von Pierre Joseph Cambon vom 15. Dezember 1792.

Die Revolution in der Krise

Im Winter 1792/93 weitete sich der Krieg aus, Hunger- und Teuerungsunruhen nahmen zu und in ländlichen Regionen wie der Vendée setzten gegenrevolutionäre Rebellionen ein. In dieser Phase der Revolution wurden ein außerordentliches Gericht, das spätere *Revolutions-tribunal*, und revolutionäre *Überwachungsausschüsse* gebildet. Um schnell und effektiv handeln zu können, richtete der Konvent dazu eine Regierung in Form von zwei zwölfköpfigen Gremien ein: den *Wohlfahrtsausschuss* (*Comité de salut public*) und den *Sicherheitsausschuss* (*Comité de sûreté générale*). Der erste Ausschuss übernahm die Leitung und Kontrolle über Kriegsführung, Regierung, Verwaltung und Wirtschaft, der zweite entwickelte sich zu einer Art Polizeiministerium. Mit diesen Maßnahmen hatte das Parlament das Gewaltmonopol des Staates zurückgewinnen wollen. Dabei ignorierten die Abgeordneten jede Gewaltenteilung und schufen so die Grundlagen für die „Schreckensherrschaft“ (*Terreur*).

Die angespannte Lage sollte dazu durch Zugeständnisse an die Volksbewegung beruhigt werden. Das Parlament beschloss Höchstpreise (*Maximum*) für Getreide, Zwangsanleihen bei den Reichen und Bodenverteilung an die Armen. Doch diese Maßnahmen reichten den radikalen Kräften nicht. Sie organisierten die Ausschaltung ihrer politischen Gegner. Am 2. Juni 1793 zogen 80 000 Frauen und Männer vor das Parlament, um die Auslieferung von 29 führenden girondistischen Abgeordneten und zwei Ministern zu erzwingen. Sie wurden für die katastrophale innen- und außenpolitische Lage verantwortlich gemacht. Das war das Ende der Girondisten, aber zugleich auch ein schwerer Schlag gegen das repräsentative System.

Mit dem Ausschluss der Girondisten übernahmen die Montagnards die Führung im Parlament. Um das Vertrauen der Sansculotten zu gewinnen, wurde am 24. Juni 1793 eine neue Verfassung verabschiedet. Sie verkündete ein erweitertes Wahlrecht und garantierte soziale Grundrechte (Recht auf Arbeit, öffentliche Unterstützung, allgemeinen Unterricht für Jungen und Mädchen). Obwohl die Verfassung durch eine Volksabstimmung bestätigt

wurde, blieb sie Programm. Der Grund: Das Parlament hatte beschlossen, die Verfassung erst nach Beendigung des Kriegs in Kraft zu setzen.

„Gesetzgeber! Setzt den Terror auf die Tagesordnung!“

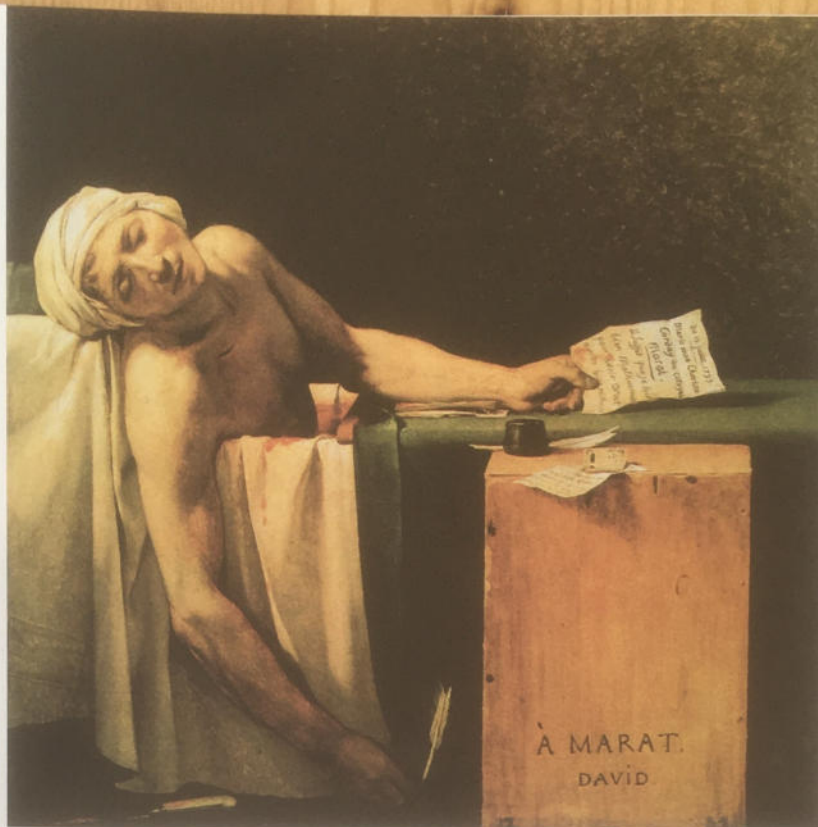
Inflation, Arbeitslosigkeit, Lebensmittelknappheit, Krieg im Innern und nach außen ließen die Bevölkerung nicht zur Ruhe kommen. Die Ermordung des von den Sansculotten verehrten Journalisten und Konventsabgeordneten *Jean-Paul Marat* am 13. Juli 1793 durch die 24-jährige *Charlotte Corday*, eine Sympathisantin der Girondisten, verschärfte die Spannungen. Der Kampf gegen die soziale Ungleichheit wurde radikaler. Daran änderten auch die entschädigungslose Abschaffung aller Feudalrechte (17. Juli 1793) und die Einführung der Todesstrafe für Schieber und Schwarzhändler (26. Juli 1793) nichts. Dafür fanden die Abgeordneten im August 1793 eine Lösung für die Kriegsführung: die Einführung der *allgemeinen Wehrpflicht* (*Levée en masse*) für alle unverheirateten Männer zwischen 18 und 25 Jahren.

Am 5. September 1793 umstellten Sansculotten das Parlament und forderten: „Gesetzgeber! Setzt



Die belagerte Republik im Sommer 1793. Auseinandersetzungen zwischen den Regierungstruppen und ausländischen Heeren oder gegenrevolutionären Gruppen.

Der ermordete Marat.
Ölgemälde von
Jacques-Louis David, 1793.
Jean-Paul Marat (1744–1793)
vertrat in seiner populären
Zeitung „L'Ami de Peuple“
 („Der Volksfreund“) die Inter-
essen der städtischen Volks-
bewegung. Als Präsident des
Jakobinerklubs und Mitglied
des Nationalkonvents kämpfte
er gegen die Girondisten. 1793
wurde er von einer Anhänge-
rin der Girondisten erstochen.
Das Gemälde hing bis 1795 im
Sitzungssaal der Nationalver-
sammlung, Kopien wurden in
Amtsräumen aufgehängt.
► Erläutern Sie, wie Marat auf
dem Gemälde stilisiert wird.



den Terror auf die Tagesordnung!“ Diese Forde-
rung galt den Wucherern, Spekulanten und Kriegs-
gewinnlern (→ M1). Die Abgeordneten mussten die
Forderung ernst nehmen. Denn nur mit Unter-
stützung der Sansculotten konnten sie die Auf-
stellung der Volksarmee durchführen, die Waffen,
Kleider und Lebensmittel für das Heer beschaffen
sowie die aufständischen Gebiete unter Kontrolle
bringen. In dieser Lage beschloss das Parlament
ein „Gesetz über die Verdächtigen“ und legte ein
„Allgemeines Maximum“ für Preise und Löhne
fest. Damit war der Höhepunkt der Schreckens-
herrschaft erreicht. Verantwortlich für den Terror
zeichnete der 35-jährige Rechtsanwalt *Maximilien
de Robespierre* (1758–1793; hingerichtet). Der
Abgeordnete des Nationalkonvents war der
führende Kopf der Montagnards und stand seit Juli
1793 mit diktatorischer Macht an der Spitze des
Wohlfahrtsausschusses. Für Robespierre war der
Terror ein politisches Mittel, die Republik von allen
tatsächlichen und möglichen Gegnern zu befreien
(→ M2). Meinungs-, Versammlungs- und Religions-
freiheit galten nicht mehr. Kirchen und Klöster
wurden geschlossen und abgerissen, der christ-
liche Glaube verfolgt und verhöhnt. Dagegen
setzten Robespierre und seine Anhänger repu-
blikanische Vernunft-Kulte. Ein deutliches Zeichen
für die „Zeitenwende“ stellte die Einführung des
republikanischen Kalenders im Oktober 1793 dar.
Er folgte der Einführung des Dezimalsystems für
Maße und Gewichte und ersetzte den sieben-
tägigen christlichen Wochenrhythmus durch einen
zehntägigen. Zum Beginn des Jahres I der „einen
und unteilbaren Republik“ wurde rückwirkend der

22. September 1792 erklärt – am 21. September
war die Monarchie abgeschafft worden; der
Revolutionskalender galt bis 31. Dezember 1805.

„Die Revolution frisst, gleich Saturn, ihre eigenen Kinder“

Denunziantentum und Spitzelwesen stützten den
Polizei- und Justizterror. Alle überregionalen Klubs,
die nicht zu den Jakobinergesellschaften gehörten,
wurden verboten. Zeugnisse der Staatsbürger-
treue wurden obligatorisch und Hausdurchsu-
chungen alltäglich. Die Gefängnisse waren bald
überfüllt und die Prozesse eine Farce. Die *Guillo-
tine*¹, die „Sense der Gleichheit“, wie der Volks-
mund sie nannte, wurde zum Inbegriff der
Schreckensherrschaft, und der girondistische Kon-
ventsabgeordnete *Pierre-Victorien Vergniaud*
meinte vor seiner Hinrichtung: „Die Revolution
frisst, gleich Saturn, ihre eigenen Kinder.“ Die Ver-
antwortlichen ließen ihre blutige Herrschaft durch
das „Grundgesetz der Revolutionsregierung“
legitimieren (4. Dezember 1793). Bald fielen selbst
Revolutionsanhänger wie Danton dem Terror zum
Opfer. Aber auch Robespierre verlor durch den Ter-
ror seinen Rückhalt. Am 27. Juli 1794 (9. *Thermidor
des Jahres II*) stürzte ihn eine Mehrheit des Par-
laments, um die Schreckensherrschaft zu been-
den. Er und 105 seiner engsten Anhänger wurden
ohne Prozess hingerichtet.

¹ Guillotine: Hinrichtungsgerät, benannt nach dem Arzt Joseph
Ignace Guillotin (1738–1834), der sich als Abgeordneter in
der Konstituante für einen humaneren und für alle Stände
gleichen Vollzug der Todesstrafe eingesetzt hatte

Die Bilanz des Terrors: Landesweit waren von März 1793 bis Ende Juli 1794 etwa 500 000 Menschen verhaftet und circa 50 000 guillotiniert worden. Diese geschätzten Zahlen berücksichtigen die Toten der Aufstände nicht.

Nach der Schreckensherrschaft

Die neue Regierung beseitigte Polizei- und Justizterror, Wirtschaftslenkung und Meinungsdruck schrittweise. Politische Gefangene wurden entlassen und die Jakobinerklubs geschlossen. Eine „Säuberung“ des öffentlichen Dienstes von „Jakobinern“ begann. Die Not der städtischen Kleinbürger hielt allerdings an. Denn die Lebensmittelpreise wurden wieder freigegeben und stiegen zusätzlich noch wegen der anhaltenden Inflation an. Als die Sansculotten im Mai 1795 „Brot und die Verfassung von 1793“ forderten und das Parlament bedrohten, beendeten regierungstreue Truppen diese letzte große Aktion der Sansculotten blutig.

Im August 1795 veröffentlichte der Nationalkonvent eine neue Verfassung, es war die dritte seit 1791 (→ M3). Mit ihr wurde das Zensuswahlrecht wieder eingeführt. Danach erfüllten nur noch etwa 30 000 Franzosen die Voraussetzungen, um Wahlmänner zu werden und Abgeordnete wählen zu können.

Noch stärker als die vorhergehenden Regierungen versuchten die neuen Machthaber durch eine expansive Außenpolitik, die innenpolitische Misere auszugleichen. Sie ließen ihr Volksheer im Glauben an die Revolution und Nation gegen die stehenden Heere der traditionellen Mächte Europas marschieren. Mit Erfolg: Am Ende des *Ersten Koalitionskrieges* 1797 war das gesamte linksrheinische Gebiet erobert. Der Rhein bildete die natürliche Grenze Frankreichs.

Die Revolution und die Frauen

Mit dem Sturz der Girondisten im Juni 1793 endete auch der von wenigen Frauen und Männern geführte politische Dialog zwischen den Geschlechtern. Dabei hatten Frauen im revolutionären Alltag – wie der Zug der Marktfrauen nach Versailles zu Beginn der Revolution gezeigt hatte – eine wichtige Rolle übernommen. Sie demonstrierten gegen Missstände, entsandten Deputationen und meldeten sich mit Petitionen und Streitschriften zu Wort. Frauen organisierten sich teils in Volksgesellschaften der Männer, teils in eigenen Klubs. Nach Kriegsbeginn stellten sie freiwillige Frauenregimenter für den Kampf gegen die Feinde der Revolution auf. Trotzdem waren, sieht man von dem im September 1792 erlassenen Scheidungsrecht ab, Forderungen nach Verbesserung ihrer Stellung in Ehe und Familie, in Ausbildung und

Berufsleben weitgehend unberücksichtigt geblieben. Von der Mitarbeit in den Kommunen und im Parlament blieben Frauen weiterhin ausgeschlossen.

Nach gewalttätigen Ausschreitungen verbot der Nationalkonvent im Oktober 1793 alle Frauenklubs. Danach wurde den Frauen auch das Petitionsrecht genommen und der Besuch des Parlaments sowie der Volksgesellschaften untersagt. In der gelenkten Presse verunglimpfte man politisch aktive Frauen nun als „unweiblich“ und „blutrünstig“ und forderte sie auf, ihre republikanischen Aufgaben im Haushalt, in der Familie und bei der Erziehung der Kinder zu erfüllen. Es blieb nicht bei verbalen Diskriminierungen: Frauen wurden in Gefängnisse geworfen und starben auf dem Schafott. *Olympe de Gouges*, die in einem Manifest freie Wahl des Volkes zwischen Monarchie, föderativer oder zentralistischer Republik verlangt hatte, wurde am 3. November 1793 wegen Gefährdung der Volkssouveränität hingerichtet. Madame *Manon Roland*, die mit einem führenden Girondisten verheiratet war und einen einflussreichen Salon geführt hatte, verurteilte man fünf Tage später wegen „Konspiration gegen die Republik und Entfachung des Bürgerkrieges“ zum Tode.

Revolutionäre Stimmung auch in den deutschen Ländern

Überall im territorial zersplitterten Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation brachen mit den Nachrichten vom Sturm auf die Bastille alte sowie neue soziale, rechtliche und konfessionelle Konflikte aus. Es kam zu regional begrenzten Bauern- und Handwerkerunruhen in Baden, in der Pfalz, im Rheinland, in Kursachsen und in Schlesien sowie zu lokalen Aktionen in Trier, Köln, Göttingen, Hamburg, Nürnberg, Ulm und Reutlingen. Sie alle wurden mit Gewalt unterdrückt.

Der französische Versuch, die Gedanken der Aufklärung in praktische Politik umzusetzen, wurde zunächst von einem großen Teil des Bildungsbürgertums mit Sympathie verfolgt. Es entstand ein ausgedehnter Revolutionstourismus nach Paris und eine breite Revolutionspublizistik. Zentren der intellektuellen Auseinandersetzung mit der Revolution waren die Universitäten, die höheren Schulen, Lesegesellschaften und Freimaurerlogen. In einigen deutschen Städten entstanden sogar politische Vereinigungen nach dem Vorbild der französischen Jakobinerklubs.

Nirgendwo sonst im Reich fanden die Ideen der Französischen Revolution eine so weite Verbreitung wie in Mainz. Angeregt von den Franzosen, die am 21. Oktober 1792 Mainz besetzt hatten, und gefördert von dem kurz darauf gegründeten Jakobinerklub wurde in den von den alten Herrschern



Tanz um den Freiheitsbaum.

Ölgemälde eines unbekannten Künstlers, um 1792/93.

Die Revolutionsheere brachten den Brauch, Freiheitsbäume zu pflanzen, in deutsche Gebiete.

► Erläutern Sie, welche zwei Teilnehmer des Reigens auffallen.

befreiten Gebieten Anfang 1793 ein *Nationalkonvent der freien Deutschen diesseits des Rheins* gewählt. Am 18. März riefen dessen Abgeordnete einen *Rheinisch-Deutschen Freistaat* für das Gebiet zwischen Landau und Bingen aus. Doch der erste deutsche Versuch, eine auf Freiheit, Gleichheit und Eigentum beruhende demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung einzuführen, scheiterte wenige Monate später: Einerseits, weil die Franzosen begannen, das Land wirtschaftlich auszubeuten, andererseits, weil zur gleichen Zeit Rhein Hessen und die Pfalz von österreichisch-preußischen Truppen zurückerobert wurden. Abgesehen davon hatte das Schicksal der französischen Flüchtlinge und die Hinrichtung Ludwigs XVI. den Kreis der deutschen Revolutionsanhänger nach 1793 stark schrumpfen lassen.

Bonaparte und das „amtliche“ Ende der Revolution

In Paris brachen erneut Machtkämpfe aus, als sich militärische Rückschläge einstellten. In dieser Lage rief Sieyès, der Mann der ersten Stunde, den 30-jährigen, aus korsischem Kleinadel stammenden *Napoleon Bonaparte* (1769–1821) zu Hilfe. Als siegreicher Oberbefehlshaber der Truppen in Italien war er zur unentbehrlichen Stütze der Machthaber geworden. Das hinderte Bonaparte nicht, die Regierung am 9. November (18. Brumaire) 1799 zu stürzen und den Widerstand des Parlaments mit Waffengewalt zu brechen. Ein

Kollegium von drei Konsuln trat an die Stelle der alten Regierung. Bonaparte wurde *Erster Konsul* und ließ sich seine Stellung vom Volk bestätigen. Von über drei Millionen Stimmen wurden nur 1562 gegen ihn abgegeben – bei allerdings vier Millionen Enthaltungen. Danach erklärte er die Revolution für „amtlich beendet“.

Das vermögende Bürgertum wurde damit letztlich zum Gewinner der Revolution. Es hatte von der Veräußerung der Nationalgüter am stärksten profitiert und den Adel endgültig aus wichtigen Positionen in Verwaltung und Militär verdrängt. Die städtischen Unterschichten und die kleinen Bauern gehörten zu den eigentlichen Verlierern der Revolution. Ihre soziale und politische Lage hatte sich nicht wesentlich verbessert.

Urteile über die Revolution

Die Bewertung der Französischen Revolution ist bei Zeitgenossen wie Historikern umstritten wie nur wenige andere historische Ereignisse (→ S. 166, M1 und M2). Unstrittig ist hingegen ihr politischer Einfluss. Nach der Revolution genügte Gottesgnadentum und Erbfolge nicht mehr, um Herrschaft zu rechtfertigen. Verfassungen wurden gefordert und Rechte eingeklagt. Politik war nicht mehr die ausschließliche Sache der Herrscher. Stärker als zuvor mussten sie sich um öffentliche Anerkennung bemühen.